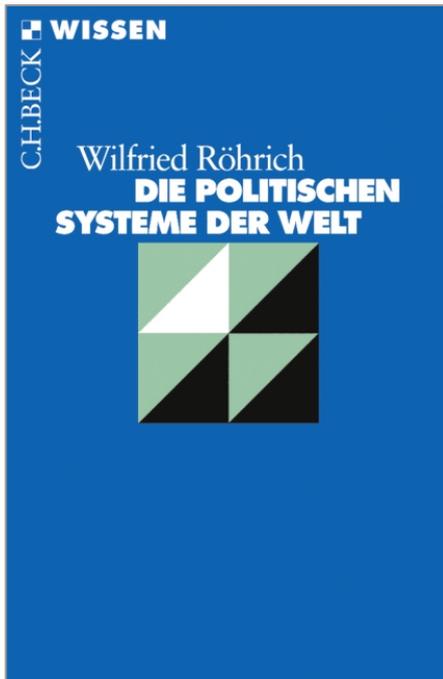


Unverkäufliche Leseprobe



Wilfried Röhrich
Die politischen Systeme der Welt

144 Seiten, Paperback
ISBN: 978-3-406-44795-2

II. Gruppen von politischen Systemen

Die politischen Systeme der Welt lassen sich in einer Grobgliederung *drei größeren Gruppen* zuordnen:

- Die erste Gruppe stellen die *westlichen Demokratien* der Industriegesellschaften dar. Dies sind die politischen Systeme in Westeuropa, in den USA und in jenen Ländern, die wie Kanada, Australien und Neuseeland mit Großbritannien und seiner politischen Tradition verbunden sind, hier aber nicht behandelt werden. In die Betrachtung wird statt dessen in einem Exkurs das politische System des ostasiatischen Industriestaates Japan einbezogen, dessen Verfassung nach westlichen Rechtsnormen gestaltet wurde (und dessen Verfassungswirklichkeit japanischen Wertvorstellungen folgt). Diese politischen Systeme lassen sich zumeist den parlamentarischen Systemen (wie in Großbritannien), aber auch den präsidentiellen und parlamentarisch-präsidentiellen Systemen (wie in den USA und in Frankreich) zuordnen.
- Die zweite Gruppe von politischen Systemen bilden die *postkommunistischen Systeme* Mittel- und Südosteuropas (wie in Polen, Ungarn, Rumänien und Bulgarien) sowie die der Nachfolgestaaten der vormaligen Sowjetunion. Hier haben sich zum Teil noch ungefestigte Demokratien herausgebildet, die vor autoritären Rückschlägen nicht sicher sind. Einbezogen wird auch das politische System der VR China. Dies deshalb, weil sich bei den bemerkenswerten ökonomischen Erfolgen der Modernisierungspolitik des Landes die Frage stellt, inwieweit der dortige evolutionäre Systemwechsel allmählich zu einer Liberalisierung (und Demokratisierung) des politischen Sektors führen kann.
- Die dritte Gruppe von politischen Systemen stellen die *Entwicklungsgesellschaften* dar. Hier lassen sich zunächst zwei Untergruppen benennen: die weit entwickelten *Schwellenländer* (*Newly Industrializing Countries/NICs*) wie Brasilien, Argentinien, Indien, Südkorea, Thailand und die Philippinen sowie die weniger entwickelte *Dritte* und die am wenigsten

entwickelte *Vierte Welt* (*Less Developed Countries/LDCs* und *Least Developed Countries/LIDCs*) wie zahlreiche Länder Schwarzafrikas, aber auch u. a. Bangladesch, Myanmar und Laos. Bei dieser gesamten dritten Gruppe von politischen Systemen erweist sich mithin eine Unterteilung als notwendig:

Die erste Untergruppe bilden jene Schwellenländer, die wie die ehemaligen Militärregime Südamerikas und die einstigen ostasiatischen Autokratien einen Systemwechsel zu Demokratien vollzogen haben. Mehrere von ihnen weisen (noch) unzureichend konsolidierte bzw. strukturschwache Demokratien auf, bei denen (mit Ausnahmen) die Frage gestellt werden muß, inwieweit das Militär noch in den politischen Entscheidungsprozeß unmittelbar oder mittelbar einbezogen ist.

Während die Darstellung der politischen Systeme der postautoritären (Schwellen-)Länder in Südamerika und Ostasien unter der o. a. Themenstellung des Systemwechsels überregional erfolgt, werden die politischen Systeme der weniger entwickelten Länder (LDCs) sowie das politische System des Schwellenlandes Südafrika nach geographischen Regionen behandelt. Die Darstellung läßt sich hier von der Erkenntnis leiten, daß sich diese Untergruppe politischer Systeme vorrangig von den Entwicklungsproblemen her verstehen und bewerten läßt.

Die nachfolgende Darstellung zeigt in den Überblickskapiteln Gemeinsamkeiten und Unterschiede der betreffenden Systeme vergleichend auf und behandelt in den einzelnen Länderbeiträgen u. a. Fragen zur Verfassungsentwicklung und zu den Verfassungsprinzipien, zu den Machtpositionen von Regierung und Parlament im jeweiligen Institutionengefüge sowie (bei entsprechender Bedeutung) Fragen zum Wahl- und zum Rechtssystem. In den Kapiteln über die postkommunistischen und die postautoritären Systeme wird der jeweilige demokratische Systemwechsel in die Liberalisierungs-, die Demokratisierungs- und die Konsolidierungsphase unterteilt. Die Kapitel über die islamische Welt und die Entwicklungsgesellschaften

Schwarzafrikas zeigen besonders deutlich ein allgemeines Phänomen: den durch die autochthone Tradition mitbestimmten Entwicklungs- bzw. Transformationsprozeß. Bei der so gestalteten Konzentration auf die institutionellen Grundlagen und auf die substantiellen und aktuellen Probleme der politischen Systeme konnten – über den Iran, über Saudi-Arabien und die Türkei hinaus – die religiösen und kulturellen Faktoren in ihrer Bedeutung für die politischen Systeme nicht berücksichtigt werden – vor allem die jeweiligen Religionen (der Islam, der Hinduismus, der Buddhismus etc.), die als kulturelle Systeme sowohl von den Prozessen des sozialen Wandels beeinflußt werden als auch selbst diese prägen. Gleichermaßen mußte die seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 verschärfte Politisierung der Religionen ausgeblendet werden, die sich im Spannungsfeld der Weltpolitik manifestiert. Schließlich war es nicht möglich, dem durch den Megatrend der Globalisierung bewirkten Prozeß der Entstaatlichung nachzugehen, der die Frage aufwirft, wie und inwieweit die Globalisierung eingegrenzt werden kann, um einen überhandnehmenden Kompetenzverlust der politischen Systeme zu vermeiden. – Die Einbeziehung dieser Phänomene hätte den konzeptionellen Rahmen des vorliegenden Bandes schlechthin gesprengt.